



Digitale Chancen gemeinsam ergreifen

Bitkom-Positionen zur Landtagswahl

Hessen am 28. Oktober 2018

www.bitkom.org

bitkom

Herausgeber

Bitkom e. V.
Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien e. V.
Albrechtstraße 10 | 10117 Berlin

Ansprechpartner

Torben Klauska | Referent Public Policy
T 030 27576-123 | t.klauska@bitkom.org

Titelbild

© Isaque Pereira – pexels.com

Copyright

Bitkom 2018

Diese Publikation stellt eine allgemeine unverbindliche Information dar. Die Inhalte spiegeln die Auffassung im Bitkom zum Zeitpunkt der Veröffentlichung wider. Obwohl die Informationen mit größtmöglicher Sorgfalt erstellt wurden, besteht kein Anspruch auf sachliche Richtigkeit, Vollständigkeit und/oder Aktualität, insbesondere kann diese Publikation nicht den besonderen Umständen des Einzelfalles Rechnung tragen. Eine Verwendung liegt daher in der eigenen Verantwortung des Lesers. Jegliche Haftung wird ausgeschlossen. Alle Rechte, auch der auszugswweisen Vervielfältigung, liegen beim Bitkom.

Executive Summary

1. **Wirtschaftliche Innovation unterstützen:** Damit sowohl Gründer als auch kleine und mittlere Unternehmen ihre digitalen Chancen ergreifen können, sollte Hessen seine entsprechenden Förderprogramme ausbauen.
2. **Breitbandinfrastruktur fördern:** Flächendeckende Verfügbarkeit von Gigabit-Infrastrukturen bis 2025 bildet die Grundlage für eine erfolgreiche digitale Transformation in Gesellschaft, Wirtschaft und Staat.
3. **Digitale Kompetenzen stärken:** Um allen Altersgruppen die Vorteile der Digitalisierung zu eröffnen, braucht Hessen eine Strategie für digitale Bildung – von der Schule über Ausbildung und Universität bis zur Erwachsenenbildung.
4. **Arbeitswelt der Zukunft eröffnen:** Von Arbeitszeitsouveränität über ortsflexibles Arbeiten bis zu Fachkräften – Hessen sollte sich auf Bundesebene für ein zukunftsweisendes Arbeitsrecht einsetzen, auch für ein Einwanderungsgesetz.
5. **Digitale Verwaltung einführen:** Vom Abbau von Schriftformerfordernissen bis zum »Once-Only«-Prinzip – der Zugang zu nutzerorientierten, digitalen Verwaltungsleistungen bildet eine Grundlage des modernen Staats.
6. **Kommunen unterstützen:** Hessen sollte Digitalpolitik auch dort fördern und vernetzen, wo die Digitalisierung von Gesellschaft, Wirtschaft und Staat im Alltag zusammenläuft: in den Kommunen.

Hessens Erfolgspotenzial für eine digitale Zukunft

Von innovativen Geschäftsmodellen über moderne Verwaltungsdienste bis zur Zukunft von Arbeit und Alltag: In der kommenden Legislaturperiode bieten sich Hessen zahlreiche digitale Chancen. Doch damit Bürger und Unternehmen von den Wohlstandsgewinnen profitieren können, sind sie auf die Unterstützung der Politik angewiesen. Dabei darf die zukünftige Landesregierung sich nicht nur auf die Digitale Avantgarde konzentrieren. Sie muss allen Hessen – unabhängig von Bildungsgrad, Wohnort und sozialem Status – die Chancen der digitalen Transformation eröffnen und Teilhabe ermöglichen.

Die Digitalisierung transformiert nicht nur Gesellschaft, Wirtschaft und öffentliche Verwaltung in Hessen und Deutschland, sie ist auch ein zunehmend wichtiger Arbeitgeber. Knapp 80.000 Menschen arbeiten in Hessen in Informatik- und anderen ITK-Berufen. Das Verhältnis zu allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten liegt dabei 30 Prozent höher als im Bundesschnitt.¹ Diese Zahlen zeigen nicht nur, welche Bedeutung der ITK-Sektor für die hessische Wirtschaft hat. Sie machen auch die Bedeutung eines modernen Aus- und Weiter-Bildungssystems deutlich, dass die digitalen Kompetenzen von Schülern, aber auch von Arbeitnehmern entwickelt.

Die *Strategie Digitales Hessen* aus dem Jahr 2016 greift zahlreiche wichtige Themen wie digitale Bildung, Breitbandausbau und Wissenstransfer auf. In der kommenden Legislaturperiode gilt es nun, die abstrakten Größen in konkrete Zielvorgaben und Projekte zu transformieren. Mit den folgenden Positionen und politischen Handlungsvorschlägen möchte Bitkom dabei unterstützen, diesen Herausforderungen zu begegnen.

1. Digital wirtschaften – vom Startup bis zum Global Player

Digitale Technologien eröffnen unzählige Möglichkeiten für neue Geschäftsmodelle und verändern die bestehenden von Grund auf – und dies ohne Rücksicht auf existierende Branchengrenzen. Von Cloud Computing über das Internet der Dinge bis zu Anwendungen der Virtuellen Realität vernetzen sie die physische mit der virtuellen Welt und schöpfen neue Werte. Sie stellen ein enormes Potential für die Wirtschaft in Hessen und ganz Deutschland dar und schaffen auf diese Weise tausende Arbeitsplätze. So haben die ITK-Anbieter in Deutschland im Jahr 2017 mit 45.000 zusätzlichen Jobs ihren historisch stärksten Beschäftigungszuwachs innerhalb eines Jahres erzielt. Dieses Wachstum soll sich 2018 fortsetzen.²

Für Unternehmen – ob Startup, Mittelständler oder Global Player – zahlt sich eine frühe Beschäftigung mit der Digitalisierung aus: Firmen mit eigener Digitalstrategie sind Mitbewerbern voraus,

1 Bitkom (2018): [↗Hamburg ist die Hauptstadt der IT-Experten](#); mit Daten der Bundesagentur für Arbeit zum Stichtag 30.06.2017.

2 Bitkom (2018): [↗Rekordwachstum im Arbeitsmarkt der ITK-Branche](#); mit Daten des European Information Technology Observatory (EITO)

können schneller in »branchenfremde« Märkte vordringen und werden so zur Konkurrenz für diejenigen, die die Modernisierung zurückhaltend angehen. Insbesondere Startups richten ihre Unternehmensstrategie von Beginn an digital aus. Sie sind wichtige Treiber in digitalen Ökosystemen, die wiederum die gesamte Wirtschaft voranbringen. Die Lücke zwischen digitalen Vorreitern und Skeptikern zu schließen, muss Kernanliegen der Politik sein: Jedes dritte Unternehmen hat Probleme, die Digitalisierung zu bewältigen, jedes vierte sieht in der Digitalisierung eine Gefährdung seiner Existenz.³ Dass auch in Hessen immer mehr Unternehmen die Bedeutung der Digitalisierung erkennen und entsprechende Maßnahmen ergreifen ist ein gutes Zeichen – doch sind sie auf die passende Rahmensetzung durch die hessische Politik angewiesen.

Politische Handlungsvorschläge:

- **Ausrichtung aller Politikfelder auf Digitalisierung:** Daten- und Verbraucherschutz oder Telekommunikations- und Medienrecht sowie die bildungspolitischen Vorgaben und Mittel müssen dem Wandel angepasst werden. Hessen sollte auch im Bundesrat seinen Einfluss in diesem Sinne nutzen.
- **Überprüfung innovationshemmender Gesetze:** Einige Gesetze aus vor-digitalen Zeiten berücksichtigen nicht die Chancen der digitalen Welt und verhindern digitale Innovationen. Sie reduzieren Anreize für digitale Geschäftsmodelle oder sind für innovative Unternehmen zuweilen ein Grund, um Standortentscheidungen zu Ungunsten von Hessen zu treffen. Das Land sollte daher im Dialog mit der Digitalwirtschaft veraltete Gesetze hinsichtlich ihrer Innovationstauglichkeit überprüfen. Zudem sollten die Auswirkungen neuer Gesetze auf das Ökosystem der Startup-Branche mit einem Evaluierungsmechanismus geprüft werden, der auf die Bedürfnisse von Startups zugeschnitten ist. Im Bundesrat sollte die Staatsregierung eine innovationsfördernde Rolle einnehmen.
- **Aktiven Beitrag zur Aufklärung und Sensibilisierung der Anwenderbranchen leisten:** Die Politik muss hier einen aktiven Part übernehmen, z. B. mit innovationsunterstützenden Beratungen für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) oder der Vermittlung von Kooperationen zwischen Startups, Mittelständlern und Global Playern durch staatlich geförderte Projekte. Technologie- und Gründerzentren sowie die hessischen Digital Hubs in Frankfurt zum Thema FinTech und Darmstadt im Bereich Cybersecurity sind erfolgreiche Initiativen, die ausgebaut werden sollten.
- **Bürokratie auf ein Minimum beschränken:** Verwaltungsaufgaben und gesetzliche Auflagen sollten bei Startups für vier Jahre auf ein unverzichtbares Minimum begrenzt werden, sodass alle Ressourcen zur Entwicklung des Produktes und Erschließung des Marktes zur Verfügung stehen. Das gilt auch für Förderprogramme. In den ersten vier Jahren sollte auf alle nicht zwingend notwendigen Gebühren und Zwangsmitgliedschaften verzichtet werden (IHK, GEZ, etc.).

³ Bitkom (2017): [Unternehmen wünschen sich Digital-Offensive der Politik](#); repräsentative Befragung von 505 deutschen Unternehmen ab 20 Mitarbeitern.

- **Zentrale Behörden-Anlaufstellen für Startups schaffen:** Startups sollten insbesondere im Gründungsprozess eine einzelne Anlaufstelle haben, um Aufwand und Kosten zu minimieren.
- **Gründerkultur an Hochschulen fördern:** Die Politik kann und sollte Networking (sowohl Online als auch Offline) zwischen Gründern, KMU und Global Playern fördern, z. B. durch Wiki-Plattformen oder Coaching- und Patenkonzepte durch etablierte Startups.
 - **Personelle Ressourcen verfügbar machen:** Um Gründerservices an Hochschulen langfristig erfolgreich zu machen, müssen Mittel für personelle Ressourcen zur Verfügung gestellt werden, sodass keine Abhängigkeit von Drittmitteln besteht.
 - **Hochschulen als Ökosysteme etablieren:** Verstärkte Ansiedlung von Co-Working Spaces und Inkubatoren direkt auf dem Campus der Hochschulen ist sinnvoll, um das Hochschulumfeld zu einem Hub aufzubauen.
- **Willkommenskultur für Fachkräfte schaffen:** Um dem Fachkräftemangel in der Digitalwirtschaft zu begegnen, muss die Rekrutierung hochqualifizierter IT-Fachkräfte und Gründer aus dem Ausland erleichtert werden. Bürokratische Hürden sollten weiter abgebaut werden, Behörden sollten englischsprachige Formulare und Sprechzeiten anbieten.
- **Mehr Wagniskapital anziehen:** Das Wirtschaftsministerium sollte den Masterplan für die Startup-Region Frankfurt Rhein-Main zügig umsetzen, um die Region zu einem internationalen anerkannten Tech-Hub zu entwickeln, der vermehrt inländische wie ausländische Investoren anzieht. Die staatlichen Finanzierungsinstrumente der Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen (WIBank), der Beteiligungs- und Managementgesellschaft Hessen, sowie der Bürgerschaftsbank Hessen sollten aufgestockt und ausgebaut werden.

2. Gigabitgesellschaft

Eine digitale Basisinfrastruktur, die im weltweiten Maßstab wettbewerbsfähig ist und bleibt, ist Voraussetzung für zukünftige Wachstumschancen in einer zunehmend vernetzten und digitalen Wirtschaft. Hessen ist als Standort für Industrie und die digitale Wirtschaft sowie darauf basierende Anwendungen für fast alle anderen Wirtschaftszweige auf zukunftsfähige Telekommunikationsinfrastrukturen und intelligente Netze angewiesen. Diese müssen bedarfsgerecht Datenübertragungsraten auch bis in den Gigabitbereich ermöglichen. Die Zukunftsfähigkeit Hessens erfordert die flächendeckende Verfügbarkeit von Gigabit-Infrastrukturen bis 2025. In den konvergenten Netzen von Mobilfunk und Festnetz werden Netze der 5. Generation (5G), glasfaserbasierte Netze (u.a. HFC-Netze, FTtx), sowie entsprechend leistungsfähige Anschlüsse, Elemente dieses »Gigabit-Technologiemixes« sein. Die Landespolitik muss Investitionsanreize für den Ausbau von Gigabitnetzen setzen und auf die Sicherung eines fairen Wettbewerbs gerichtet sein. Neben Netzen stellen auch leistungsfähige Rechenzentren ein zentrales Element der digitalen Infrastrukturen dar und bilden daher eine Grundvoraussetzung für die Digitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft. Sie sind Garant für digitale Souveränität,

die Sicherung von Arbeitsplätzen und internationale Wettbewerbsfähigkeit. Die Rhein-Main-Region hat sich in der Vergangenheit zu einem internationalen Zentrum für Rechenzentren entwickelt – diese Position gilt es, auszubauen.

Hessen hat in den vergangenen Jahren Fortschritte bei der Breitbandverfügbarkeit erzielt. Während Mitte 2012 noch 60,3 Prozent der Haushalte über einen Internetanschluss mit mindestens 50 Mbit/s verfügten,⁴ waren es Ende 2017 84,0 Prozent⁵. Die flächendeckende Versorgung mit 50 Mbit/s kann dabei nur ein Zwischenziel auf dem Weg in die Gigabitgesellschaft sein. Dabei treiben insbesondere datenintensive Videodienste die Nachfrage nach solchen Anschlüssen mit hohen Download-Raten. Gleichzeitig steigen die Anforderungen an die Upload-Raten, etwa durch eine zunehmende Nutzung von Cloud-Diensten und Social-Media-Plattformen sowie an weitere Qualitätsmerkmale. Ein flächendeckendes Breitbandangebot muss daher zur Vermeidung einer digitalen Spaltung auch in der Gigabit-Gesellschaft erreicht werden.

Politische Handlungsvorschläge:

- **Maximales privatwirtschaftliches Engagement generieren:** Es muss so viel privatwirtschaftliches Engagement wie möglich generiert und incentiviert werden, sowie eine Entwertung bereits getätigter Investitionen verhindert werden.
- **Technologieutralität wahren:** Nur ein technologieoffener Rahmen kann das volle Potential technologischer Innovationen ausschöpfen und die flächendeckende Verfügbarkeit von Gigabit-Infrastrukturen möglichst schnell und effizient gewährleisten.
- **Verfahren für den Bau von Telekommunikationsinfrastrukturen vereinfachen:** Es müssen Initiativen ergriffen werden, die die Verfahren für den Bau von Telekommunikationsinfrastrukturen vereinfachen oder langwierige Planungen beschleunigen und Baukosten reduzieren, z. B. durch zügige Bearbeitung der Zustimmungsanträge der Netzbetreiber, und durch größere Akzeptanz oberirdischer Kabelverlegung und Mitnutzung der Energie- und Verkehrsinfrastruktur.⁶ Der 5G-Rollout wird eine Vielzahl neuer Mobilfunkstandorte erfordern, für welche einfache und schnelle Genehmigungsverfahren erforderlich sind.
- **Öffentliche Fördermittel für ländlichen Raum bereitstellen:** Um flächendeckend schnelle Internetverbindungen im ländlichen Raum sicherzustellen, ist die öffentliche Hand dort gefragt, wo ein wirtschaftlicher Ausbau perspektivisch nicht möglich ist. Insoweit begrüßt Bitkom das Vorhaben, auch für die Zeit nach 2018 öffentliche Mittel für die Förderung des Ausbaus von Gigabitnetzen in unterversorgten Gebieten zur Verfügung zu stellen.
- **Komplementärtechnologien miteinbeziehen:** Für Gemeinden und Ortsteile, in denen der Glasfaserausbau mit unverhältnismäßig hohen Kosten einhergeht, müssen komplementäre Technologien (z. B. Breitbandinternet via Satellit nach französischem Vorbild) zur Versorgung

4 TÜV Rheinland (2012). [↗Bericht zum Breitbandatlas Mitte 2012.](#)

5 TÜV Rheinland (2017). [↗Bericht zum Breitbandatlas Ende 2017.](#)

6 Siehe hierzu auch [↗»Glasfaserausbau in Deutschland: Beschleunigungspotenziale auf kommunaler Ebene«, sowie »Verlegetechniken für den Breitbandausbau«.](#)

der Haushalte miteinbezogen werden. Auch zum Überbrücken der Zeit bis zum fertigen Ausbau eines Gigabitnetzes 2025 können diese Technologien als schnell realisierbare Brückentechnologie eingesetzt werden.

- **Planungs- und Genehmigungsverfahren beim Bau von Rechenzentren vereinfachen:** Insbesondere für große Notstromdiesel ab 50 MW sollte nicht dasselbe Genehmigungsverfahren wie für reguläre Kraftwerke gelten. Sie laufen nur eine Stunde im Monat zu Testzwecken und sollten daher behandelt werden wie kleinere Anlagen. Hessen sollte auch im Bundesrat seinen Einfluss in diesem Sinne nutzen.
- **Rechenzentren nicht schlechter stellen:** Strom macht rund 40 Prozent der Kosten eines Rechenzentrums aus. Rechenzentren dürfen gegenüber dem produzierenden Gewerbe daher nicht schlechter gestellt werden. Hessen sollte sich daher für eine Ausnahmeregelung für Rechenzentren bei der EEG-Umlage einsetzen.

3. Digitale Bildung

Wenn Hessen auch in Zukunft den Wohlstandstreiber Digitalisierung für seine Bürger nutzen möchte, müssen die Menschen auf die digitalisierte Welt vorbereitet werden: Nur über Schul-, Berufs-, Hochschul- und Weiterbildung kann sich Hessen eine Vorreiterrolle im digitalen Wettbewerb sichern. Der Erfolg, der aus Investitionen in digitale Bildung resultiert, dient der gesamten Gesellschaft: Dem Einzelnen hinsichtlich langfristiger Beschäftigungsfähigkeit mit vielfältigen Entwicklungs- und Karrierechancen, gleichermaßen der Wirtschaft mit Blick auf Standortqualität, Leistungs- und Innovationsfähigkeit. Hessen hat im Bundesländervergleich die zweithöchste Quote an IT-Spezialisten: 3,0 Prozent aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Hessen arbeiten als Informatiker oder in anderen ITK-Berufen – das sind rund 80.000 Jobs. Der Bundeschnitt liegt bei lediglich 2,3 Prozent.⁷ Dass ist nicht nur ein Zeichen für die Bedeutung der ITK-Wirtschaft in Hessen, sondern zeigt gleichzeitig die Verantwortung, die das Land mit Blick auf Digitale Bildung trägt. In der digitalen Welt wird zukünftig nur noch derjenige bestehen können, der über digitale Kompetenzen verfügt und mit den rasanten technologischen Entwicklungen Schritt halten kann. Digitale Bildung muss als Querschnittsthema begriffen werden, um eine digitale Spaltung – im beruflichen wie im privaten Bereich – langfristig zu verhindern. Dazu gehört etwa digitale Bildung, die über Medienbildung weit hinausgeht. Die Einführung von Informatik als Pflichtfach etwa wäre ein wichtiger Schritt. Doch diese Herausforderungen werden nur zu meistern sein, wenn Hessen die Kompetenz seiner Lehrkräfte in diesem Bereich stärkt.

⁷ Bitkom (2018): [↗Hamburg ist die Hauptstadt der IT-Experten](#); mit Daten der Bundesagentur für Arbeit zu sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Deutschland zum Stichtag 30.06.2017.

Politische Handlungsvorschläge:

- **Curricula und Lehrpläne anpassen:** Der Erwerb von digitaler Kompetenz muss durch die fächerübergreifende curriculare Verankerung digitaler Bildungsinhalte und digitaler Technologien gewährleistet werden. Die Bildungspläne wie auch die Ausbildungs- und Studienordnungen müssen für die Digitalisierung fit gemacht werden.
- **Digitale Infrastruktur bereitstellen:** An allen Bildungseinrichtungen muss eine intelligente Infrastruktur geschaffen werden. Dafür müssen der flächendeckende Breitbandausbau und die mobile Netzabdeckung weiter vorangetrieben werden. In allen Bildungsbereichen, in denen Lernmittel staatlich finanziert werden, müssen Lernende und Lehrende mit mobilen Endgeräten ausgestattet werden. Auch Cloud-Dienste für digitalisierte Bildungsinhalte und individualisierte Lernanwendungen müssen vorhanden sein. Die Pflege und Wartung der digitalen Infrastruktur und Ausstattung darf nicht länger vom ehrenamtlichen Engagement einzelner Lehrkräfte abhängen, sondern muss professionell organisiert werden.
- **Investitionen steuerlich fördern:** Für Investitionen in die Digitale Bildung sollten steuerliche Anreize gesetzt werden. Das gilt zum einen für die Infrastruktur als auch für die Ausstattung mit Endgeräten. Zum anderen gilt dies auch für die Content-Entwicklung, die Qualifizierung der Bildungsverantwortlichen sowie sämtliche Produkte und Dienstleistungen, die zum pädagogischen Einsatz kommen oder diesen unterstützen.
- **Lehrpersonal für Digitalisierung fit machen:** Die Entwicklung digitaler Kompetenz sowie didaktisch-methodischer Fähigkeiten müssen verbindlicher Bestandteil der Aus-, Fort- und Weiterbildung des Lehrpersonals an Schulen, Hochschulen und Ausbildungseinrichtungen sein.
- **Berufliche Bildung weiterentwickeln:** Die berufliche Bildung muss mit Blick auf immer neue Berufsanforderungen kontinuierlich weiterentwickelt und dynamisiert werden, um die Attraktivität und Relevanz der veränderten Berufswelt (z. B. App-Economy) zu verdeutlichen. Neben Medien- und IT-Kompetenz müssen dafür auch Methoden- und Problemlösekompetenz stärker gefördert werden.
- **Digitale Weiterbildungsangebote schaffen:** Es müssen flexiblere und individuellere Wege digitaler Weiterbildung geschaffen werden. Dabei muss auch die Übersichtlichkeit und Qualität von Weiterbildungsangeboten kontinuierlich verbessert und vorausschauend an die sich stetig wechselnden Anforderungen angepasst werden.

4. Arbeit 4.0

Nicht nur die Arbeitswelt befindet sich in einem tiefgreifenden Wandel. Auch die Anforderungen an Arbeitnehmer verändern sich durch die Digitalisierung grundlegend – von Arbeitsformen und Arbeitsinhalten bis hin zu ganzen Berufsbildern. Nur, wer über digitale Kompetenzen verfügt und mit den rasanten technologischen Entwicklungen Schritt halten kann, wird auf dem Arbeitsmarkt der Zukunft bestehen. Dafür sind Maßnahmen zu ergreifen, die den vielfältigen Herausforderungen, bedingt durch den digitalen, kulturellen oder demografischen Wandel, Rechnung tragen.

Relevante Handlungsfelder liegen vor allem in den Bereichen allgemeine Bildung und Weiterbildung, Fachkräftesicherung und Arbeitsrecht, einschließlich Regelungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die Weichen, die wir heute stellen, werden maßgeblich über die Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit nicht nur des Standorts Hessen, sondern des Standorts Deutschland insgesamt entscheiden.

Politische Handlungsvorschläge:

- **Zeit- und ortsflexibles Arbeiten ermöglichen:** Digitale Geschäftsmodelle, Plattformen und Services schaffen neue (disruptive) Erwerbsformen wie das Crowdfunding. Sie sind gekennzeichnet durch sehr flexibles und individuell bestimmbares Arbeiten. Auch bei den Arbeitnehmern besteht der Wunsch nach mehr Arbeitszeitsouveränität. Für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf besteht beim arbeitsrechtlichen Rahmen jedoch Anpassungsbedarf. Das Arbeitszeitgesetz muss flexibler ausgestaltet werden. Die gesetzlich vorgeschriebene elfstündige Ruhepause ist beispielsweise nicht mehr zeitgemäß und steht dem Wunsch nach souveräner Arbeitszeitgestaltung entgegen. In diesem Sinne sollte sich Hessen auf der Bundesebene einsetzen.
- **Qualifizierungsoffensive fördern:** Mit den Arbeitsinhalten verändern sich auch die Anforderungen an Arbeitnehmer. Zukünftig wird auf dem Arbeitsmarkt nur derjenige bestehen, der über digitale Kompetenzen verfügt und mit den rasanten technologischen Entwicklungen Schritt halten kann. Im digitalen Zeitalter spielt Weiterbildung daher eine große Rolle, das Prinzip des lebenslangen Lernens gilt mehr denn je. Ein erfolgreiches Beispiel hierfür ist der MBA Master of Digital Transformation, der vom House of IT und der Goethe-Business-School im Oktober 2017 gestartet wurde.
- **Fachkräftemangel begegnen:** Derzeit fehlen der deutschen Wirtschaft rund 55.000 IT-Spezialisten. Die Digitale Transformation praktisch aller Branchen wird dazu führen, dass die Nachfrage weiter steigen wird. Um dem entgegenzuwirken, müssen die Potenziale im Land besser ausgeschöpft und entsprechende Studiengänge gestärkt werden.

5. Digitale Verwaltung für Bürger und Unternehmen

Die staatliche Verwaltung nimmt eine Schlüsselrolle bei der Bewältigung der digitalen Transformation in Hessen ein. Bedeutende Digitalisierungsthemen auf Bundes- und Landesebene haben eine Vielzahl von wichtigen Berührungspunkten zur öffentlichen Verwaltung: Industrie 4.0, Digitale Bildung und Zukunft der Arbeit bauen auf einer reibungslosen Zusammenarbeit mit dem Staat auf. Bürger und Unternehmen aus allen Bereichen sind auf einen gut funktionierenden und schnell agierenden digitalen Staat angewiesen. Im Alltag nutzen sie digitale Technologien in einem hohen Maße und schätzen die damit verbundenen nutzerorientierten Interaktionsmöglichkeiten. Im Kontakt mit der Verwaltung stoßen sie jedoch häufig auf Leistungsangebote, die nicht medienbruchfrei und homogen sind und die oft noch mit papierbasierten Formu-

laren und Anträgen arbeiten. Damit hinkt die staatliche Verwaltung der digitalen Realität vieler Bürger hinterher. Wer aber die Erwartungen der Menschen an einen modernen Staat nicht ernst nimmt, trägt schlimmstenfalls zu wachsender Staatsverdrossenheit bei. Verwaltung muss sich als Wirtschaftsfaktor und Partner einer modernen Gesellschaft neu definieren, um die eigene Handlungsfähigkeit und die Zukunftsfähigkeit Deutschlands im nationalen und internationalen Kontext zu sichern.

Politische Handlungsvorschläge:

- **Zugang zu digitalen Verwaltungsleistungen:** Ziel der kommenden vier Jahre muss eine flächendeckende Digitalisierung der Verwaltung auf allen föderalen Ebenen sein. Die verschiedenen Portale der deutschen Verwaltungen müssen – gemäß den Vorgaben des Onlinezugangsgesetzes – miteinander verknüpft werden, so dass Bürger auf allen Portalen alle Leistungen der Verwaltung vorfinden können. Die Bezahlung von Verwaltungsleistungen sollte dabei mitgedacht und moderne Bezahlverfahren, etwa per Smartphone, in die Verwaltungsabläufe integriert werden. Die bloße Bereitstellung von Bürger- und Servicekonten genügt nicht. Diese müssen dringend nutzerorientiert konzipiert und umgesetzt werden, da sie andernfalls nicht die nötige Akzeptanz finden. Wir regen an, den Markt stärker für private Anbieter von Vertrauensdiensten zu öffnen und damit mehr Raum für Wettbewerb zu schaffen und die Innovationsgeschwindigkeit erhöhen.
- **Verwaltungsmodernisierung:** Wir plädieren für das »Once-Only«-Prinzip, d. h. ein grundlegendes Setting an Identitätsdaten sollte nur einmal erhoben und dauerhaft gespeichert werden, um späteren Verwaltungsvorgängen zur Verfügung zu stehen.
- **Schriftformerfordernisse abbauen:** Schriftformerfordernisse werden aktuell zwar hinterfragt, aber nur zögerlich bis gar nicht beseitigt. Erfolgsfaktor für die Abschaffung der Schriftformerfordernisse sind elektronische Authentifizierungsverfahren. Nach Identifizierung in elektronischen Anwendungen und Systemen sind Schriftformerfordernisse in einer digitalen Welt als obsolet zu betrachten. Wir schlagen vor diesem Hintergrund einen anderen Ansatz im Sinne einer Beweislastumkehr vor: Alle bestehenden Schriftformerfordernisse sind abzuschaffen und künftige Gesetzesvorhaben unter Digitalvorbehalt zu stellen. Gesetzesbegründungen sollten um eine Kategorie »Digitaltauglichkeit« erweitert werden. Schriftformerfordernisse dürfen nur noch in begründeten Ausnahmefällen zulässig sein.
- **Verwaltungskultur von innen verändern:** Die digitale Transformation der Verwaltung benötigt Mitarbeiter und Führungskräfte, die über entsprechende Kompetenzen verfügen und für Innovation brennen. Im Wettstreit um IT-Fachkräfte und andere hochqualifizierte Mitarbeiter konkurriert die Verwaltung mit Wirtschaftsunternehmen. Die Verwaltung muss hier am Profil ihrer Arbeitgebermarke feilen, um als attraktiver Arbeitgeber um Talente der Zukunft wettbewerbsfähig zu sein. Modern ausgestattete Arbeitsplätze, Arbeitszeitmodelle und Führungskulturen sind dabei ebenso kritische Erfolgsfaktoren wie die Schaffung einer grundsätzlich innovationsorientierten Verwaltungskultur.

- **Verwaltungsbildung modernisieren:** Derzeit werden in der fachlichen Verwaltungsgrundausbildung kaum digitale Kompetenzen, wie etwa Open Government, Open Data, elektronische Identitäten, Wissensmanagement, Grundlagen der IT Sicherheit etc. vermittelt. Es dominieren fast ausschließlich verwaltungsjuristische Inhalte. Digitale Kompetenzen der Verwaltungsmitarbeiter müssen flächendeckend Eingang in Aus- und Weiterbildungspläne finden.

6. Digitale Städte und Kommunen

Egal in welcher der über 400 hessischen Kommunen: Die Digitalisierung umfasst alle Bereiche des Lebens und Wirtschaftens in den Städten und Regionen, wie Verwaltung, Energie, Mobilität, Gesundheit, Bildung und Handel. Sie ist dabei kein Selbstzweck. Intelligent vernetzte Städte und Regionen – Smart Cities und Smart Regions – können Teilhabe und Lebensqualität für ihre Bürger erhöhen, zu mehr Nachhaltigkeit beitragen und die Standortattraktivität steigern. Neue digitale Angebote, Vernetzung durch kommunale Daten- und IoT-Plattformen sowie erhöhte Teilhabe der Akteure vor Ort können zum Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse beitragen. Um die Chancen der digitalen Transformation im gesamten öffentlichen Sektor und in den zentralen Bereichen der Daseinsvorsorge wahrzunehmen, benötigen die Kommunen den regulatorischen und finanziellen Freiraum sowie Unterstützung durch das Land. Mit Darmstadt konnte eine Hessische Kommune den Wettbewerb »Digitale Stadt« des Bitkom und des Deutschen Städte- und Gemeindebundes für sich entscheiden und entwickelt sich nun zum Leuchtturm der Smart Cities in Deutschland. Nun gilt es, die Erkenntnisse aus Modellprojekten auch in die Fläche zu tragen.

Politische Handlungsvorschläge:

- **Innovationsräume und Modellregionen konsequent und flächendeckend fördern:** Es bedarf bei aller Individualität der örtlichen Gegebenheiten einer umfangreichen Förderung skalierbarer Lösungen für Digitale Städte und Regionen. Kommunale Reallabore müssen unterstützt, bisherige Programme weiterentwickelt und finanziell aufgestockt werden.
- **Flächendeckende Initialzündung durch Förderung kommunaler Digitalstrategien und -prozesse:** Neben Leuchtturmprojekten wie der Digitalstadt Darmstadt können niedrigschwellige Unterstützungsangebote das Potenzial lokaler Akteure in vielen, auch kleineren Kommunen heben. Erste Schritte sind die Erstellung von Digitalstrategien und die Anpassung kommunaler Organisationsstrukturen bspw. durch Digitalisierungsstabsstellen oder Chief Digital Officer, die durch breit angelegte Fördermaßnahmen unterstützt werden sollten.
- **Kompetenzzentrum »Digitale Städte und Regionen« aufbauen:** Zur Beratung und Unterstützung der Kommunen sollte ein bundesweit agierendes Kompetenzzentrum aufgebaut werden. Analog zum Breitbandbüro des Bundes kann ein solches Zentrum die Kommunen auf dem Weg zum digitalen Umbau begleiten, alle relevanten Akteure vernetzen, nachhalti-

ge Lösungsansätze identifizieren und verbreiten, anbieterneutrale Kompetenz vermitteln und einen Überblick und eine Beratung über die vielfältige Förderlandschaft im Kontext Digitaler Städte und Regionen anbieten. Hessen sollte auch im Bundesrat seinen Einfluss in diesem Sinne nutzen.

- **Zusammenarbeit vor Ort stärken:** Ein professionelles Prozess- und Verfahrensmanagement zwischen den Akteuren aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft ist entscheidend für innovative Kommunalentwicklung und den Erfolg Digitaler Städte und Regionen. Neue Kooperationsformen und Konsultationsmechanismen zwischen öffentlichem Sektor, der Wirtschaft und weiteren Akteursgruppen müssen ausgebaut werden.
- **Rechtlich-regulatorische Rahmenbedingungen schneller anpassen und neue digitale Geschäftsmodelle ermöglichen:** Der bestehende Rechtsrahmen aus vordigitalen Zeiten muss zügiger auf Zweckhaftigkeit und bremsende Nebeneffekte für innovative Geschäftsmodelle geprüft und angepasst werden. Alle Veränderungen müssen den Interessen der Bürger, der Wirtschaft und der Kommunen Rechnung tragen und der Verbesserung der Lebens- und Standortqualität vor Ort dienen. Hierbei ist auch darauf zu achten dass bestimmte Lösungen, beispielsweise im Bereich Mobilität, kommunenübergreifend umgesetzt werden können.
- **Digitale Mobilitäts-Testfelder fördern:** Der Ausbau Digitaler Mobilitäts-Testfelder samt regulatorischer Ausnahmeregelungen als Erprobungslabore für digitale Geschäftsmodelle leistet einen wichtigen Beitrag zur Mobility-Kompetenz deutscher Unternehmen und Forschungseinrichtungen und senken die Schwelle, neue Mobilitäts-Konzepte zu testen.
- **Interoperabilität ermöglichen:** Bei Mobilitätsplattformen, Gesundheitsdatenzentren und anderen übergreifenden Plattform- und Datenbankinitiativen müssen technische und semantische Interoperabilität frühzeitig mitgedacht werden. Ziel sollten einheitliche Rahmenbedingungen sein, die Interoperabilität in den jeweiligen Sektoren gewährleisten und einen Wettbewerb unter Anbietern zulassen, sodass Innovationen gefördert werden.

Bitkom vertritt mehr als 2.600 Unternehmen der digitalen Wirtschaft, davon gut 1.800 Direktmitglieder. Sie erzielen allein mit IT- und Telekommunikationsleistungen jährlich Umsätze von 190 Milliarden Euro, darunter Exporte in Höhe von 50 Milliarden Euro. Die Bitkom-Mitglieder beschäftigen in Deutschland mehr als 2 Millionen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Zu den Mitgliedern zählen mehr als 1.000 Mittelständler, über 400 Startups und nahezu alle Global Player. Sie bieten Software, IT-Services, Telekommunikations- oder Internetdienste an, stellen Geräte und Bauteile her, sind im Bereich der digitalen Medien tätig oder in anderer Weise Teil der digitalen Wirtschaft. 80 Prozent der Unternehmen haben ihren Hauptsitz in Deutschland, jeweils 8 Prozent kommen aus Europa und den USA, 4 Prozent aus anderen Regionen. Bitkom fördert und treibt die digitale Transformation der deutschen Wirtschaft und setzt sich für eine breite gesellschaftliche Teilhabe an den digitalen Entwicklungen ein. Ziel ist es, Deutschland zu einem weltweit führenden Digitalstandort zu machen.

**Bundesverband Informationswirtschaft,
Telekommunikation und neue Medien e.V.**

Albrechtstraße 10
10117 Berlin
T 030 27576-0
F 030 27576-400
bitkom@bitkom.org
www.bitkom.org

bitkom